

Online-Rezensionen zur Liberalismusforschung 1/2009

Wilhelm Ribbegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947

Münster: Verlag Aschendorff 2008, 840 S., 14 Karten.

Wilhelm Ribbegge, Privatdozent für neuere und Zeitgeschichte an der Universität Münster und durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ausgewiesen, hat eine umfangreiche Darstellung des Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen geschrieben. Wahrscheinlich interpretiert man ihn nicht falsch, wenn der Titel „Preußen im Westen“ nicht nur geographisch gemeint ist – Ribbegge geht es auch darum zu zeigen, wie sich Preußen und das Reich allmählich parlamentarisierten. Seine Monographie beschränkt sich daher keinesfalls nur auf die westlichen Provinzen Preußens, wenn auch der Schwerpunkt auf deren Entwicklung liegt.

In neun großen Kapiteln, die den Zeitraum von der französischen Revolution bis zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen, zeichnet Ribbegge die politische und gesellschaftliche Entwicklung Rheinlands und Westfalen nach. Das Buch beginnt und endet sozusagen mit Adenauer: Am Anfang steht dessen Äußerung, dass es der größte Fehler Englands gewesen sei, die Preußen 1815 beim Wiener Kongress als Sicherung gegen Frankreich an den Rhein gebracht zu haben. Es endet mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Montanunion durch Adenauer, die Ribbegge als das Ende eines Jahrhunderts „Waffenschmiede des Reiches“ an der Ruhr interpretiert.

Im allgemeinen Bewusstsein beginnt 1815 die moderne rheinisch-westfälische Geschichte, aber Ribbegge arbeitet anschaulich die Modernisierungsmaßnahmen der französischen Besatzung ab 1801 heraus: Rechtssystem (der Code Civil galt bekanntlich im Rheinland bis 1900), prosperierende Wirtschaft, Säkularisierung, in gewisser Weise auch allgemeine Wehrpflicht sind hierfür die wichtigsten Stichworte. Obwohl die französische Herrschaft die Abschaffung der Ständegesellschaft, Religionsfreiheit und die Befreiung der Juden bedeutet habe, hebt Ribbegge die antifranzösische Stimmung in den besetzten Gebieten hervor, die nach 1815 allerdings auch nicht automatisch in eine propreußische Stimmung umschlug, da die Preußen gewissermaßen das Erbe der „Besatzung“ antraten, was durch die starke Präsenz des preußischen Militärs (man denke nur an die heute noch sichtbaren großen Kasernen in vielen Städten) dokumentiert wurde.

1816 lebten 30% der Bewohner Preußens in den Westprovinzen – wobei in den Städten ein selbstbewusstes Bürgertum die politischen Fäden in die Hand nahm. Sehr gut und detailliert zeichnet Ribbegge in diesem Zusammenhang die Rolle der Provinzialstände als „Anfänge des rheinisch-westfälischen Parlamentarismus“ (S. 69) nach – die rheinischen Liberalen galten in Berlin als „französisch gesinnt“ (S. 78). Eine zweite Wurzel der Parlamentarisierung sieht der Autor im Katholizismus: Ausführlich schildert er den Kölner Kirchenstreit, in dessen Folge sich der Katholizismus in seiner antistaatlichen Haltung den Liberalen angenähert habe; man brachte gemeinsame Anträge in den Provinziallandtagen ein (S. 85). Mit der zunehmenden Politisierung der Landtage bildeten sich allmählich Anfänge eines Parteiwesens heraus. Sehr detailliert schildert Ribbegge, wie durch die Ausweitung des Vereinswesens und die Entstehung neuer Zeitungen die Liberalisierung in Preußen begünstigt wurde. Die wirtschaftli-

che Entwicklung, getragen nicht zuletzt vom rheinischen Bürgertum, nährte die Hoffnung auf eine weitergehende Parlamentarisierung Preußens.

Durch die Einberufung des „Vereinigten Landtags“ von 1847 wurden diese Hoffnungen ein Stück weit enttäuscht. Ribbegge zeichnet nach, wie sehr dieser als Oktroi empfunden wurde, wie aber gerade ein Liberaler wie Camphausen die Chancen erkannte und zum Sprecher einer realistischen Haltung wurde: Es waren die rheinischen Liberalen, die im Vereinigten Landtag die Oppositionsführer stellten und anschaulich zeichnet der Autor die Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den preußischen Beamten in der Verfassungsdiskussion als Auseinandersetzung zwischen zwei Eliten nach. Das Kapitel über die Diskussionen im Vereinigten Landtag gehört zu den spannendsten des Buches.

Demgegenüber enthält die ausführliche Schilderung der Revolution von 1848 und vor allem der Debatten in der Frankfurter Paulskirche nichts wirklich Neues, Gleiches gilt für den Verfassungskonflikt (hier kamen bei der Ablehnung der Indemnitätsvorlage von 75 ablehnenden Stimmen 44 von rheinisch-westfälischen Abgeordneten). Mit der Reichseinigung endete nach Ribbegge die große Zeit des rheinischen Liberalismus und in gewisser Weise auch die Sonderrolle, die die beiden westlichen Provinzen gespielt hatten: Nun erhielten die bundesstaatlichen Einrichtungen größeres Gewicht und in der Außenwahrnehmung trat das rheinisch-westfälische Industriegebiet als „Gravitationszentrum“ des neuen Nationalstaats an die Stelle der Rheinprovinzen (S. 207).

Die „nationalprotestantische Orientierung“ der Reichsgründung beschreibt der Autor als zunehmende „Ideologisierung der Politik“ (S. 210), die vor allem gegen das Zentrum („Ultramontanismus“) stand. Da Rheinland und Westfalen Zentren des deutschen Katholizismus waren, prägte der Kulturmampf hier in besonderer Weise das politische Leben. Aber die rheinischen und westfälischen Städte waren auch Zentren liberaler Kommunalpolitik und der sich herausbildenden sozialen Differenzierungen. Das Ruhrgebiet als das industrielle Kernstück war der Ausgang von sozialen Unruhen mit politischen Folgen: 1889 kam es zu einem ersten großen Bergarbeiterstreik, der – spontan und unorganisiert – große Auswirkungen auf die Sozialpolitik des Reiches hatte. Nach Ribbegge änderte dieser Streik die Stimmung im Reich, so dass ohne ihn die große Mehrheit für die Bismarcksche Sozialversicherung nicht zustande gekommen wäre (S. 249). Die Jahre von 1848 bis 1918 faßt Ribbegge in einem Kapitel zusammen und beleuchtet die politische Entwicklung unter den Fragestellungen von Industrialisierung und Konfessionalisierung. Ausführliche Porträts der handelnden Personen ergeben ein anschauliches Bild – wobei Eugen Richter als führender Liberaler ein eigenes Kapitel erhält.

Für Ribbegge setzt die Weimarer Republik in mehrfacher Hinsicht einen Schlusspunkt hinter eine lange Entwicklung. Zum einen beendete die Revolution von 1918/19, die in das Rheinland von außen durch Matrosen hereingetragen wurde (S. 299) und der Übergang zur Weimarer Republik die preußische Hegemonie im Westen. Allerdings blieben trotz der Demokratisierung die Verwaltungsspitzen auch hier noch lange in den Händen monarchischer Beamter. Beim Kapp-Putsch war das Ruhrgebiet eines der Zentren der Streikbewegung für die junge Republik.

Zum zweiten lockerten sich nach Ribbegge die vor allem konfessionell gebundenen Parteibindungen. Auch in der Weimarer Republik hätten die Konfessionen zwar stark das gesellschaftliche Milieu bestimmt, aber Katholiken und Protestanten reagierten unterschiedlich auf den politischen Umbruch: Da die Weimarer Verfassung die wesentlichen Voraussetzungen des Katholizismus erfüllt hatte, konnte dieser den Umbruch der Revolution leichter akzeptieren, während die Mehrheit der Protestanten dem Kaiserreich nachtrauerte (S. 332f). Gleichzeitig entpolitisierete sich der Katholizismus, was zu einer Schwächung des Zentrums führte. (Allerdings verloren auch die liberalen Parteien hier – wie sonst im Reich – ihre Anhängerschaft.)

Und drittens stellte sich vor allem im Rheinland die Frage der Identität neu: 1925 wurde tausend Jahre Rheinland mit einer Ausstellung in den Kölner Messehallen gefeiert – Oberbürgermeister von Köln war

zu dieser Zeit Konrad Adenauer – und bereits 1920 war in Bonn ein Institut für geschichtliche Landeskunde gegründet worden.

Als nach dem Krieg die Parteien in den besetzten Zonen Deutschlands neu gegründet wurden, waren unter den Parteigründern einige, die 1928 aus rheinisch-westfälischen Wahlkreisen in den Reichstag gewählt worden waren: Carl Severing, Georg Schreiber, Adam Stegerwald, Hans Böckler, Christine Teusch, Andreas Hermes, Helene Weber, aber auch Walter Ulbricht, der für Westfalen Süd in den Reichstag gewählt worden war. Mit dem Ruhrgebiet und der Bundeshauptstadt Bonn war das neue Land Nordrhein-Westfalen lange Zeit wirtschaftliches und politisches Zentrum der Bundesrepublik, bis der wirtschaftliche Strukturwandel und die politische Entwicklung hier die Akzente verschoben.

Ribhegge hat ein sehr detailreiches Werk vorgelegt, das eher als Handbuch denn als Monographie zu benutzen ist. Die minutiose Wiedergabe von parlamentarischen Debatten und politischen Ereignissen, die biographischen Skizzen der handelnden Personen werden den Spezialisten für den behandelten Zeitraum nicht neu sein, zumal Ribhegge seine Darstellung nur auf veröffentlichte Quellen stützt. Allen anderen Lesern bietet er reiches Material zum Nachschlagen und Nachlesen, und das in einer lesbaren und anschaulichen Sprache.

Bonn/Gummersbach

Monika Faßbender